

auch deren Positionen in der täglichen Landtagsarbeit belegen. Dies bestätigt auch eine Studie, welche «die Positionierung der Landtagskandidierenden 2009» untersuchte: «Die Kandidierenden von Fortschrittlicher Bürgerpartei und Vaterländischer Union sind im Schnitt weitgehend identisch ideologisch positioniert.»<sup>208</sup> Passend hierzu war bereits 1986 in der Neuen Zürcher Zeitung zu lesen: «Die objektive, vergleichende Betrachtung der roten und der schwarzen Partei Liechtensteins vom Ausland her wird dem farbenblinden Betrachter am besten gelingen.»<sup>209</sup> Unterstrichen werden diese Ausführungen durch den Koalitionsvertrag zwischen den beiden Volksparteien:

«Beide Koalitionspartner vertreten eine Politik, die der gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Die Umwelt- und Energiepolitik trägt internationalen Entwicklungen Rechnung, berücksichtigt aber auch die Eigenheiten des liechtensteinischen Lebensraumes sowie die Erfordernisse eines qualitativen Wirtschaftswachstums. Zum Koalitionsprogramm gehört auch die Sicherung eines soliden Finanzhaushalts des Landes. Die Koalitionspartner Vaterländische Union und Fortschrittliche Bürgerpartei stehen gemeinsam für ein zukunftsgerichtetes und sich kontinuierlich erneuerndes Liechtenstein.»<sup>210</sup>

Die Volksparteien betreiben eine Politik der Konsenssuche und Kompromissfindung. Das heisst, dass sie darauf achten, die Gunst des Volkes zu gewinnen, indem sie keine Extrempositionen einnehmen und gleichzeitig die Interessen der breiten Masse aufzugreifen versuchen. Damit greifen gerade die Volksparteien «jene Forderungen auf, die Unterstützung, das heisst Wählerstimmen, verheissen».<sup>211</sup> Damit betreiben die Volksparteien eine opportunistische Politik.

Werden dagegen die Statuten der Freien Liste betrachtet, dann ist die Nichtnennung der Monarchie gegenüber den Statuten der Volkspar-

---

ranz und Achtung unter Respektierung demokratischer Entscheide und geltender Rechtsvorschriften, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.»

208 Frick, S. 58.

209 Neue Zürcher Zeitung, 25./26.01.1986, Nr. 20, S. 36.

210 Koalitionsvertrag, zwischen der Vaterländischen Union (VU) und der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP), Stand 10.03.2009, S. 2 f.

211 Moeckli, Funktionen, S. 4.